

Von „Hure“ bis „hysterisch“: Wie weibliche Abgeordnete beschimpft werden

Eine Umfrage unter Nationalratsabgeordneten



/ Hassnachrichten gegen Politikerinnen

„ist ihr Hirn schon in ihrer Muschi steckengeblieben?“

„blade Sau“

„du bist hübsch, such dir einen anderen Job“

/ Mit solchen Nachrichten sind weibliche Nationalratsabgeordnete in ihrer Arbeit konfrontiert. Dass frauenfeindlicher, sexualisierter Hass für viele Politikerinnen ein Problem darstellt, zeigt eine Umfrage unter österreichischen weiblichen Nationalratsabgeordneten, die das Momentum Institut in Kooperation mit Autorin Ingrid Brodnig im Frühjahr 2021 durchführte. Die Ergebnisse zeigen: Die Mehrheit der teilnehmenden Abgeordneten ist mit Hassnachrichten im Posteingang konfrontiert, viele Politikerinnen sehen Handlungsbedarf.

Alle 73 weiblichen Nationalratsabgeordneten wurden für die Befragung kontaktiert, 30 Prozent der Abgeordneten haben daran teilgenommen, darunter Vertreterinnen aller Parlamentsparteien. Bei jenen Frauen, die an der Umfrage teilnahmen, zeigt sich eine hohe Betroffenheit – drei von vier geben an, sexualisierten oder frauenfeindlichen Hass selbst erlebt zu haben:

73 Prozent der Politikerinnen sagten, sie erlebten „sexualisierten/frauenfeindlichen Hass“ als Abgeordnete.

Diese 73 Prozent geben an, solche Nachrichten über das Internet zu bekommen, zum Beispiel via E-Mail, Twitter, Facebook-Messenger.

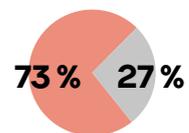
36 Prozent sagten, dass sie derartige sexualisierte/frauenfeindliche Nachrichten auch analog bekommen – zum Beispiel als Brief ins Büro oder nachhause.

Das Internet scheint vorrangig der Ort zu sein, über den solche Nachrichten an Politikerinnen versandt werden. „Mein Eindruck ist auch, dass es manche gezielt über E-Mails verschicken: Weil da sehe solche Nachrichten nur ich, andere kriegen das gar nicht mit und somit ist dieser Hass im Netz für Dritte unsichtbar“, berichtet beispielsweise die ÖVP-Abgeordnete Gabriela Schwarz.

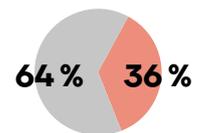
/ Zum Teil haben die Politikerinnen auch Schritte zur Verteidigung ergriffen:

Rund ein Drittel, 32 Prozent, der Politikerinnen sagte, dass sie schon einmal wegen solchen Drohungen oder Angriffen die Parlamentsdirektion, die Polizei oder den Verfassungsschutz eingeschaltet haben.

Haben Sie in Ihrer Tätigkeit als Abgeordnete sexualisierten/frauenfeindlichen Hass erlebt?



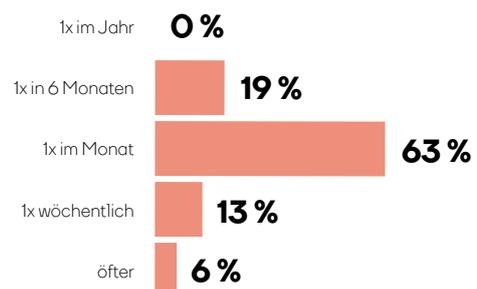
Bekommen Sie sexualisierte/frauenfeindliche Nachrichten auch in analoger Form (z.B. als Brief ins Klubbüro oder nach Hause)?



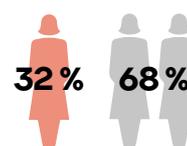
Fanden diese sexualisierten/frauenfeindlichen Nachrichten über das Internet statt?



Wie oft haben Sie solche Mails, Tweets, Facebook-Nachrichten oder Ähnliches erhalten?



Haben Sie wegen Drohungen oder Angriffen schon einmal die Parlamentsdirektion, die Polizei oder den Verfassungsschutz eingeschaltet?



Jede dritte Abgeordnete hat wegen Drohungen/Angriffen die Polizei oder den Verfassungsschutz eingeschaltet.

Daten: Eigene Erhebung unter weiblichen Nationalratsabgeordneten, 2021

Ja
Nein

/ Sexismus in Wort und Bild

Die betroffenen Abgeordneten, die an der Umfrage teilnahmen, schildern typisch geschlechtsbezogene Abwertungen, die sie erhalten: Sie werden als „Hure“, als „Schlampe“, als „hysterisch“ bezeichnet. Solche Angaben machen Parlamentarierinnen aus unterschiedlichen politischen Lagern. Einige Beispiele, die Abgeordnete einbrachten, sind „degradierende, ausschließlich aufs Sexuelle reduzierende Kommentare“, wie es eine Politikerin nannte. Der Körper der Politikerinnen wird in derartigen Nachrichten thematisiert und sie damit auf unterschiedliche Weise herabgewürdigt. Abgeordnete berichten von Kommentaren wie „blade Sau“, „du bist hübsch, such dir einen anderen Job“ oder auch dem Vorwurf, sie hätten sich hochgeschlafen. Hier wird auch die Doppelgleisigkeit von misogynen Kommentaren sichtbar: Unabhängig davon, ob eine Frau einem vermeintlichen Schönheitsideal entspricht oder nicht, kann dies als Grundlage für Beleidigungen herangezogen werden – im einen Fall wird das Aussehen beleidigt, im anderen Fall der Vorwurf erhoben, eine Abgeordnete hätte sich hochgeschlafen, oder der Politikerin wird ausgerichtet, sie sollte sich lieber mit der Familiengründung beschäftigen. Die sexualisierte Form der Herabwürdigung reicht so weit, dass Abgeordnete Vergewaltigungsdrohungen schildern bzw. Nachrichten, die sehr plastische sexuelle Vorstellungen über sie enthalten – besonders obszöne Formen der Herabwürdigung. Dies reicht bis zur Bildebene: Eine Abgeordnete gab als Beispiel an, dass ihr eine Fotocollage mit Szenen aus einem Pornoheft geschickt wurden und dazu Anmerkungen dass Derartiges mit ihr gemacht gehöre.

/ Zurückhaltung in Debatten

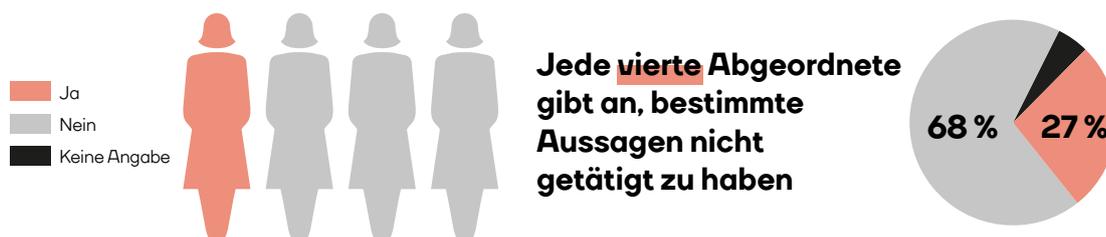
Die Befürchtung besteht, dass Hasskommentare zu „Chilling-Effekten“ führen – gerade auch bei Frauen. Zum Beispiel zeigte eine Untersuchung von Amnesty International in acht Ländern im Jahr 2017, dass von Beleidigungen oder Belästigungen betroffene Frauen zum Teil ihr Verhalten danach änderten: Rund jede dritte Befragte erklärte in der internationalen Befragung, dass sie zu gewissen Themen aufgehört hat, online zu posten.¹

Wir wollten deshalb auch wissen, ob selbst in einem hochprofessionellen Feld wie der Spitzenpolitik die aggressive Tonalität beeinflusst, dass gewisse Äußerungen nicht gemacht oder Themen weniger angesprochen werden. Wir fragten die Parlamentarierinnen, ob sie „bestimmte Äußerungen schon mal nicht öffentlich getätigt“ haben, „weil sie ahnten, dass entsprechende Reaktionen/Drohungen kommen“:

Eine von vier Befragten bejahten dies: Genau genommen gaben 27 Prozent Ja an, 68 Prozent verneinten dies und 5 Prozent machten keine Angabe. Auf die Frage hin, bei welchen Themen dies der Fall gewesen sei, wurden Integration & Migration, antimuslimischer Rassismus, Kindererziehung und Privatleben, Gendern, Quotenfragen und Mansplaining genannt.

Das heißt, zumindest ein Teil der Politikerinnen räumt für sich selbst ein, einzelne Äußerungen vermieden zu haben, um nicht unangenehme Äußerungen daraufhin zu ernten.

Haben Sie bestimmte Äußerungen schon mal nicht öffentlich getätigt, weil sie ahnten, dass entsprechende Reaktionen/Drohungen kommen?



/ Hintergrund der Befragung

Die Idee dieser Befragung entstand in Anlehnung an die Spiegel-Covergeschichte vom 13. Februar 2021 („Feindbild Frau“). Für diese hat das deutsche Magazin eine Umfrage unter weiblichen Bundestagsabgeordneten durchgeführt – diese ergab beispielsweise, dass 69 Prozent der deutschen Politikerinnen „frauenfeindlichen Hass als Bundestagsabgeordnete“ erlebten, auch gaben 36 Prozent an, dass sie „Angriffe auf sich, ihre Büros oder ihren Wohnsitz“ erlebt haben. Interessanterweise gab bei unserer Befragung österreichischer Nationalratsabgeordneter keine Politikerin an, derartige Angriffe auf sich, das eigene Büro oder Wohnsitz erlebt zu haben. Um auch einen Einblick in die Situation österreichischer Politikerinnen zu bekommen, haben wir uns an der Befragung des „Spiegel“ orientiert. Im deutschen Bundestag sitzen 222 weibliche Abgeordnete, hier antworteten 29 Prozent der Politikerinnen (64 Befragte), im österreichischen Nationalrat sind 73 weibliche Abgeordnete, hier antworteten 30 Prozent der Politikerinnen (22 Befragte). Auch in Deutschland zeigte sich eine hohe Betroffenheit von solchen Kommentaren – und die Tendenz, dass dies vorrangig online stattfindet.



/ Mehrfach-Diskriminierung

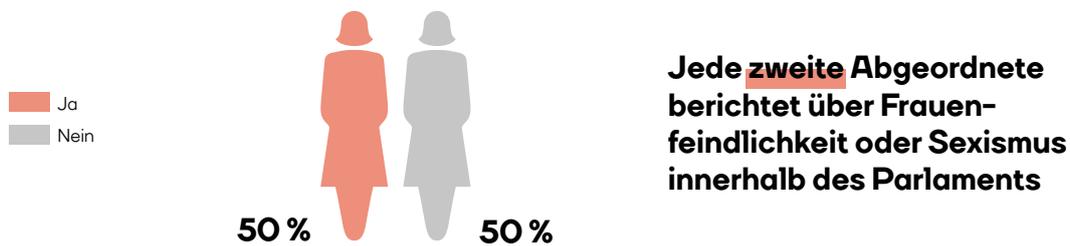
Nicht im Fokus dieser Befragung war die Mehrfach-Diskriminierung, die Politikerinnen basierend auf ihrem Migrationshintergrund, ihrer sexuellen Orientierung oder konfessionellen Zugehörigkeit (oder vermuteten konfessionellen Zugehörigkeit) erhalten. Trotzdem fiel auch solche intersektionelle Diskriminierung in den Antworten auf: So gaben Betroffene rassistische, antimuslimische bzw. antisemitische Kommentare an, bei denen sie zum Beispiel als „die Jüdin XYZ“ bezeichnet werden – wobei hier beispielsweise „Jüdin“ als Schimpfwort genutzt wird. Abgeordnete mit Einwanderungsgeschichte berichten von Herabwürdigungen basierend auf ihrer Herkunft. „Wenn ich in Reden von ‚uns‘ spreche, also zum Beispiel ‚unserer Gesellschaft‘, dann kriege ich als Frau mit Migrationsgeschichte den Hinweis, dass ich nicht Teil der österreichischen Gesellschaft sei“, sagt eine Abgeordnete. Auch antimuslimischer Rassismus kommt zutage, zum Beispiel in Sätzen wie „wir hassen Moslems“. „Der Grad der Irritation ist größer, wenn dort im Parlament nicht nur eine Frau steht, sondern zum Beispiel eine Lesbe, eine Migrantin oder sogar beides“, meint beispielsweise die grüne Abgeordnete Faika El-Nagashi.

/ Sexismus im Parlament?

Wir wollten wissen, ob die weiblichen Nationalratsabgeordneten auch in ihrem eigenen Arbeitsumfeld Sexismus wahrnehmen: Konkret wurde danach gefragt, ob sie „Frauenfeindlichkeit oder Sexismus innerhalb des Parlamentes von Kollegen oder Mitarbeitern erlebt“ haben: Die Hälfte der Abgeordneten, die an der Befragung teilnahmen, bejahten dies.

Genannt werden beispielsweise „Zwischenrufe“ und „despektierliche Kommentare“, wenn Frauen am Wort sind. „Männer stehen demonstrativ auf und quatschen, wenn Frauen eine Rede halten“, beschreibt es eine Abgeordnete beispielsweise. Bei den Antworten jener Abgeordneten, die Sexismus im Parlament orten, fällt auf, dass sie Verhaltensmuster kritisieren, bei denen sie den Eindruck haben, dass die Kompetenz von Frauen infrage gestellt wird. Eine Politikerin schildert zum Beispiel „Berichtigungen und Verbesserungen der abgegebenen Wortmeldungen durch die männlichen Kollegen“. Wobei eine Abgeordnete beispielsweise auch einen „generell schlechten Umgangston“ im Parlament kritisiert. Diese Problematik sehen, wie gesagt, nicht alle Abgeordneten, gleich: Die Hälfte derjenigen, die an der Befragung teilnehmen, äußern jedenfalls Kritik an den Verhaltensmustern gegenüber Frauen auch innerhalb des Nationalrats.

Haben Sie Frauenfeindlichkeit oder Sexismus innerhalb des Parlamentes von Kollegen oder Mitarbeitern erlebt?



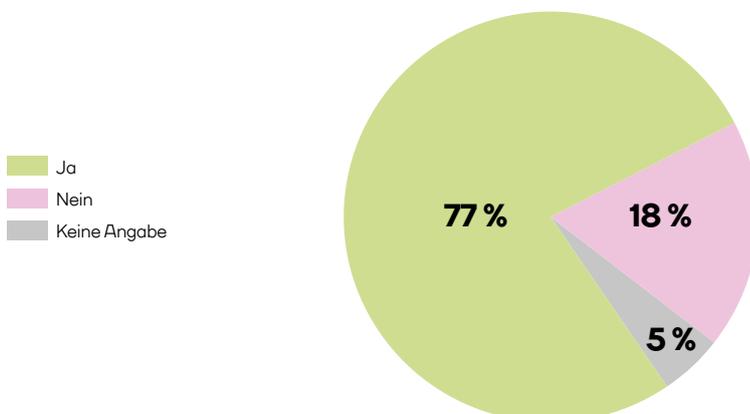
Daten: Eigene Erhebung unter weiblichen Nationalratsabgeordneten, 2021

/ Was kann der Staat tun?

Wir haben diese Befragung durchgeführt, um das „Feindbild Frau“ näher zu beleuchten – im konkreten Fall: mit welchen misogynen Kommentaren weibliche Abgeordnete konfrontiert sind. Die Frage ist aber auch, was kann der Staat tun? Das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ brachte bereits einen Vorschlag in der Debatte ein: Sicherheitsbehörden sollen bei Ermittlungen eine eigene Kategorie zu frauenfeindlicher Gewalt und Frauenhass einführen. In der Grafschaft Nottinghamshire in Großbritannien ist es zum Beispiel bereits der Fall, dass frauenfeindliche Taten als eigene Form der Hasskriminalität erfasst werden. Die Idee hinter solchen Vorschlägen ist, auch besser statistisch zu erfassen, wie sehr Frauenhass zu unterschiedlichen Delikten führt (von beispielsweise häuslicher Gewalt bis zu sexistischen Drohungen). Wir fragten deshalb die österreichischen Nationalratsabgeordneten, ob Sicherheitsbehörden sämtliche Formen von misogyner Gewalt und Frauenhass „als eigene Kategorie einführen sowie statistisch erfassen sollen“: 77 Prozent bejahten dies, 18 Prozent verneinten dies, und fünf Prozent machten keine Angabe.

Dieser Idee, dass der Staat besser erfassen soll, wie viele misogynen Straftaten passieren, stimmen demnach sehr viele Befragte zu.

Sollen Sicherheitsbehörden sämtliche Formen misogyner Gewalt und Frauenhass als eigene Kategorie für Ermittlungen und als Statistik einführen?



Daten: Eigene Erhebung unter weiblichen Nationalratsabgeordneten, 2021

/ Bedeutung dieser Befragung

Die Befragung verdeutlicht: Wer als Frau in die Spitzenpolitik geht, hat relativ hohe Chancen, auch basierend auf dem Geschlecht abgewertet, in Wort und Bild diskreditiert zu werden. Auch gibt es bereits Vorschläge, um das gesellschaftliche Bewusstsein über die Verbreitung und die verschiedenen Formen von Frauenhass zu verbessern: Indem Sicherheitsbehörden umfassender und auch für die Öffentlichkeit einsehbar Statistik führen, lässt sich das Ausmaß dieser Problematik besser erfassen, darauf aufbauend auch weitere Schritte setzen. Unsere Befragung ist somit lediglich ein erster Einblick: 30 Prozent der weiblichen Abgeordneten nahmen teil. Sie geben ein Stimmungsbild eines Teils des Parlaments wider – und ihre Beispiele veranschaulichen, welche unterschiedliche Formen der Herabwürdigung Frauen in der Öffentlichkeit erleben. Wohlgermerkt nahmen Abgeordnete aller Parlamentsparteien teil, allerdings gab es deutliche Schwankungen, wie groß die Teilnahme in den einzelnen Klubs war: 15 Prozent der weiblichen ÖVP-Abgeordneten, 30 Prozent der weiblichen SPÖ-Abgeordneten, 47 Prozent der grünen weiblichen Abgeordneten, 67 Prozent der weiblichen Neos-Abgeordneten und 20 Prozent der weiblichen FPÖ-Abgeordneten nahmen teil. Wir hoffen, dass künftige Befragung noch ein umfassenderes Bild zeichnen können – zu einigen Aspekten (zum Beispiel der Mehrfachdiskriminierung von Politikerinnen mit Migrationshintergrund) wären sicher auch noch weitere Untersuchungen sinnvoll. Auch eine staatlich umfassendere Statistik von frauenfeindlichen Straftaten könnte helfen, jene Bereiche besser zu identifizieren, in denen Frauen oftmals als Feindbild attackiert werden.

/ Fußnoten

¹ Amnesty International (2017): Amnesty reveals alarming impact of online abuse against women, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/11/amnesty-reveals-alarming-impact-of-online-abuse-against-women/>

/ Kontakt

/ Momentum Institut
Märzstraße 42/1, 1150 Wien, Österreich
kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at